

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft
SECO
Ressort Recht
Holzikofenweg 36
3003 Bern

23. Februar 2021

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben – Umsetzung der Motion Bischof [16.3902] vom 30.09.2016

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, hat mit Schreiben vom 11. November 2020 die Kantone zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben – Umsetzung der Motion Bischof [16.3902] vom 30.09.2016 eingeladen. Dazu nehmen wir gerne wie folgt Stellung.

Wir begrüssen die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Dadurch sollen Preisbindungs- oder Preisparitätsklauseln in allgemeinen Geschäftsbedingungen von Online-Buchungsplattformen gegenüber Beherbergungsbetrieben für unlauter, resp. nichtig erklärt werden. Dadurch kann der Direktvertrieb von Beherbergungsbetrieben auf hoteleigenen Kanälen gefördert werden. Sie erhalten somit mehr Flexibilität zur Vermeidung von kurzfristigen Unterbelegungen.

Die Umsetzung der Motion Bischof [16.3902] im UWG erachten wir als sinnvolle und zweckmässige Lösung.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber